

Strategische Differenz: Die Bedeutung des Staates für linke Politik

Einwurf zum Beitrag von Joachim Hirsch in spw 85

von Ralf Krämer*

* Ralf Krämer, Dortmund, spw-Redaktion

In seinem Artikel zum "nationalen Wettbewerbsstaat" in spw 85, 5/95, kommt Joachim Hirsch nach einer Darstellung der Krise fordistischer Entwicklung und der damit zusammenhängenden Veränderung der Rolle des Staates zu strategischen Konsequenzen für die Linke, die m.E. den Realitäten nicht gerecht werden können. Es geht dabei im Kern um eine grundlegende Differenz bezüglich der strategischen Rolle des Staates für linke Politik. Zwar weist er gelegentlich auf die anhaltende Bedeutung staatlicher Institutionen im nationalen und internationalen Rahmen für demokratische Politik hin, aber im Kern lasse "sich eine demokratische Veränderung von Produktions- und Herrschaftsstrukturen nicht mit Hilfe des staatlichen Institutionensystems, sondern nur *gegen* dessen Mechanismen und Zwänge durchsetzen".

Zwar schreibt Hirsch selbst, die Hoffnung auf "eine neu entstehende 'internationale Zivilgesellschaft' könnte sich also als ebenso blauäugig und vergebens erweisen wie die der Apologeten einer 'demokratischen Zivilgesellschaft' auf nationalstaatlicher Ebene", aber dennoch beruht seine strategischen Orientierung m.E. im Kern auf solcher Blauäugigkeit bei gleichzeitiger gravierender Unterschätzung der Bedeutung von Staatlichkeit auf den verschiedenen Ebenen von der kommunalen bis zur globalen. Dabei geht es mir überhaupt nicht darum, etwa den (demokratischen) Staat zum eigenständigen Subjekt zu erklären, der an Stelle und für die Massen gesellschaftlichen Fortschritt durchsetzt. Tatsächlich vollzieht sich die Formierung gesellschaftlicher Kräfte und Drucks für soziale und politische Veränderung primär auf dem Terrain der vorpolitischen Öffentlichkeiten und Organisationen der "Zivilgesellschaft" - und zwar als Formierung widerstreitender, sowohl linker wie rechter Kräfte, um es mal auf diesen eindimensionalen, aber m.E. immer noch zentralen Nenner zu bringen¹. Allerdings wird dies wesentlich (de-)formiert durch ökonomische Bedingungen und Kräfteverhältnisse und die ebenfalls dadurch geprägten Strukturen des Mediensystems. Und die Möglichkeiten der

Umsetzung solcher Kräfte auf die politische Ebene hängen in hohem Maße von den unterschiedlichen Zugängen und Verbindungen zu den auf diesem Terrain agierenden Kräften in Parteien und Staatsapparat ab, deren Handeln wiederum wesentlich von Eigenlogiken des politischen Systems geprägt wird.

Staat: unverzichtbare Regulierungsinstanz

Diese Logik ist sicherlich u.a. darauf gerichtet, artikuliertem Veränderungsdruck die Radikalität zu nehmen, um ihn in "mehrheitsfähige" Politik zu integrieren. Aber das ändert nichts daran: Dieser "vorpolitisch" formierte Druck ist zwar entscheidend für die Einleitung gesellschaftspolitischer Veränderung, und linkes Engagement muß sich primär auf seine Mobilisierung für fortschrittliche Ziele richten, aber der Staat ist und bleibt das entscheidende Mittel der Umsetzung linker Politik. Nur durch ihre Umsetzung in allgemeine Gesetze und staatliches Handeln, deren Autorität - die sich in letzter Instanz auf das staatliche Gewaltmonopol stützt - sich alle gesellschaftlichen Subjekte von den Individuen bis zu den kapitalistischen Unternehmen zu unterwerfen haben, können politische Gestaltungsziele und Projekte gesellschaftlich verallgemeinert und durchgesetzt werden. In dieser Auffassung besteht der Kern der Differenz zu Hirsch.

Dabei geht es nicht nur um den Nationalstaat, sondern um alle Ebenen, auf denen sich Staatlichkeit manifestiert. Ich will aber gleich dazu sagen, daß dabei m.E. der Nationalstaat weiterhin im Mittelpunkt steht, solange die materiellen Bedingungen sozialer Mobilisierung und politischer Gestaltung sich hauptsächlich auf dieser Ebene darstellen: eine gewisse Kohärenz der gesellschaftlichen Lebensbedingungen und der Interessen sozialer Klassen und Gruppen, die Möglichkeiten demokratischer Einflußnahme über allgemein und frei gewählte Parlamente mit realer Kompetenz der Gesetzgebung und der Wahl und Kontrolle einer Regierung, und *deshalb* - ein anderer wichtiger Faktor dabei ist gemeinsame Sprache - Öffentlichkeiten und Verbände etc. Diese Bedingungen spiegeln sich auch im Bewußtsein und Verhalten der individuellen Subjekte und Organisationen wider sind nicht mittels international kooperierender selbstorganisierter linker Basisstrukturen, wie Hirsch sie in den Mittelpunkt stellt, zu überwinden.

Einige dieser Bedingungen stellen sich allmählich übernational im Zusammenhang der Europäischen Union her - einer der Gründe, weshalb deren Demokratisierung und die Ausweitung ihrer sozialpolitischen Kompetenzen von zentraler Bedeutung sind. Aber gerade im internationalen System und in Bezug auf den Weltmarkt sind es die

¹ Vgl. dazu Norberto Bobbio: Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994

Nationalstaaten, die als Völkerrechtssubjekte Regulierungen vereinbaren und - ggf. im Rahmen regionaler oder globaler supranationaler Institutionen und insbesondere der UN - durchsetzen und die Handlungsspielräume der transnationalen Konzerne als der dominierenden "global player" einschränken können. Daran ändern auch Vorgänge wie z.B. um "Brent Spar" nichts, das sind bestenfalls Nadelstiche und Anstöße für solche Regulierungen.

Es wäre ein großer Fehler, bei aller Abhängigkeit und Bezogenheit des kapitalistischen Staates auf die Gewährleistung der Herrschaft und Förderung der Akkumulation des Kapitals das politische Eigengewicht und die überragende Bedeutung demokratisch-rechtsstaatlicher Verfaßtheit für die Linke zu unterschätzen. Dies sind nicht nur die Bedingungen, unter denen sich Zivilgesellschaft und fortschrittliche Bewegungen entfalten können, sie bieten auch die einzige Handhabe, gesamtgesellschaftliche Regulierung durchzusetzen und notwendige oder förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen für dezentrale Gestaltung, für Mitbestimmung und Gegenmacht der abhängig Beschäftigten, für Klagerechte und Einflußnahme sozial und ökologisch ausgerichteter Verbände und Individuen, für die Entwicklung regionaler Kooperation und Netzwerke im ökonomischen und sozialen Bereich usw. Dabei ist klar, um das staatlichen Institutionensystem dazu nutzen zu können, muß zugleich der Staat selbst demokratisiert, müssen bürokratische Eigeninteressen und kapitalistische Einflußnahmen zurückgedrängt werden.

Bedingungen demokratischer Gestaltung

Nun macht Hirsch - m.E. zutreffend - geltend, daß die verstärkte Krisenhaftigkeit fordristischer Ökonomie und die Internationalisierung des produktiven Kapitals und der Finanzmärkte sowie die zunehmende Ungleichheit der Entwicklung in den verschiedenen Weltgegenden - und die wachsenden ökologischen Belastungen, wäre zu ergänzen - zu einer Krise des keynesianisch-sozialstaatlichen Regulationsmodells geführt haben. Zugleich stellt er aber auch - m.E. ebenfalls zutreffend - fest, die durch die neoliberale Politik in den letzten Jahrzehnten vorangetriebene "Aushöhlung" des Staates und Zurückdrängung seiner sozialstaatlichen Funktionen zugunsten des unbedingten Primats der "Standortpolitik" sei "kein schlichter 'Sachzwang', sondern nicht zuletzt das Ergebnis einer politisch durchgesetzten Strategie der Krisenlösung". Diese kann auch interpretiert werden als eine politische Offensive dominierender Fraktionen der kapitalistischen Klassen in den entwickelten Ländern², für die auch erhebliche Teile

der Mittelschichten und der Lohnabhängigen mobilisiert werden konnten.

Es ist daher mehr als problematisch, in einem Atemzug vom Scheitern der "- sowohl westlich-sozialdemokratischen wie östlich-stalinistischen - Varianten eines Staats-Sozialismus" zu sprechen. Mir scheint vielmehr der relative Erfolg des keynesianischen Wohlfahrtsstaates interessant zu sein und die Bedingungen für gesellschaftspolitische Fortschritte der ArbeiterInnenbewegung und der Linken deutlich zu machen. Dazu reichen nämlich Basisinitiativen und Gegenöffentlichkeit nicht aus, erforderlich sind eine materielle Machtbasis und ein gesellschaftspolitisches Gestaltungsprojekt. Dies waren insbesondere starke Gewerkschaften mit Verweigerungsmacht - institutionalisiert im Koalitions- und Streikrecht - und auf der politisch-parlamentarischen Ebene starke sozialdemokratische Parteien, die sich auf die Gewerkschaften und weiteres gesellschaftliches Vor- und Umfeld stützen konnten, und als Projekt die reformistische Ausweitung der Teilhabe der Lohnabhängigen am gesellschaftlich produzierten Reichtum und an der Macht, ihre soziale Absicherung und Stärkung ihrer Beteiligung in allen Bereichen von Gesellschaft und Politik. Auf dieser Basis und in diese Richtung wurden erhebliche Fortschritte und eine staatlich und "sozialpartnerschaftlich" vermittelte Eingrenzung der Kapitalmacht und Regulierung der Akkumulation erreicht - die allerdings den kapitalistischen Charakter der Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt infrage stellte.

Um den Staat kämpfen!

Nun haben sich wie oben festgestellt die Bedingungen in vielerlei Hinsicht erheblich verändert und lassen eine Fortschreibung oder bruchlosen Anschluß an diese Entwicklungsetappe nicht zu. Es wäre aber m.E. kein Ausweg aus der Defensive der Linken, wenn sie darauf mit der einseitigen Orientierung auf staatsferne Basisbewegungen reagierte. Im Gegenteil: m.E. braucht die Linke eine offensive Strategie zur Rückeroberung des Staates für fortschrittliche Politik, die sich natürlich auf gesellschaftliche Mobilisierung stützen muß. Dies muß die konsequente und konfliktbereite Nutzung und Wiederausweitung seiner Handlungsmöglichkeiten insbesondere zur Regulierung ökonomisch-sozialer Prozesse unabdingbar einschließen. Neue Probleme und Herausforderungen müssen zum Gegenstand linker Politik gemacht werden, aber das erfordert nicht etwa weniger, sondern mehr gesellschaftlich bewußte Regulierung. Die Komplexität der zu bearbeitenden Prozesse und die notwendige Entfaltung der Kompetenzen und Initiative der in den verschiedensten Bereichen tätigen individuellen Subjekte und anderen Akteure erfordern eine verstärkt dezentrale und teilautonome Organisation

² Vgl. zu dieser Sicht Uwe Kremer: Klassen im Umbau, in: spw 80, 6/94, S. 18-23.

und Umsetzung der notwendigen sozialen und ökologischen Aktivitäten und Umgestaltungen. Aber nur der Staat kann den Rahmen dafür definieren und gewährleisten und etwa die notwendigen Finanzmittel für solche Zwecke aufbringen bzw. die dafür notwendigen Strukturen implementieren.

Die Linke sollte sich nicht einreden lassen, der Staat sei überholt oder per se nicht leistungsfähig. Diejenigen, die das von rechts her vortragen und nur ganz bestimmte Leistungen des Staates meinen, haben dabei eigene partikuläre Interessen und Ziele im Blick. Die das von links her vortragen, haben m.E. keine hinreichende Vorstellung davon,

- wieviel es noch zu verlieren gibt - dazu ist der Blick in Länder aufschlußreich, in denen die Staatsmacht (von Sozialstaat ganz zu schweigen) in einigen Bereichen nur auf dem Papier steht oder zur Beute von Cliquen geworden ist, sich wechselseitig verstärkend mit fortschreitender Zersetzung des gesellschaftlichen Zusammenhangs, sozialer Ausgrenzung und zunehmender Gewaltförmigkeit von Konfliktaustragung;
- welche Möglichkeiten und Spielräume gerade ein Staat wie die BRD und erst recht im Zusammenwirken in der EU hat und sich bei entsprechenden politischen Bedingungen schaffen könnte - das zeigen die Regulierungen auf Gebieten, auf denen die Interessen der dominierenden kapitalistischen Staaten, der Schutz des Eigentums und des ökonomischen Austausches, es erfordern;
- daß jede Strategie, die Interessen der Beherrschten und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gegen die Akkumulationslogik des national wie global unangefochtener denn je dominierenden Kapitals durchsetzen will, ohne die Möglichkeit, die Mittel der Staatlichkeit auf den verschiedenen Ebenen dafür einzusetzen, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Die Linke muß den Kampf um den Staat - und das ist verdammt mehr als um die Beteiligung an irgendeiner Regierung - wieder aufnehmen. Es gibt dazu keine fortschrittliche Alternative.

Kasten:

Die Linke braucht eine offensive Strategie zur Rückeroberung des Staates für fortschrittliche Politik, die sich auf gesellschaftliche Mobilisierung stützen muß.